

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0033/2015/IV

Datum:
30.01.2015

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:
Dezernat I, Personal und Organisationsamt
Dezernat II, Amt für Liegenschaften
Dezernat III, Amt für Schule und Bildung
Dezernat IV, Bürgeramt
Dezernat V, Kämmereiamt

Betreff:

**Konzeption für die Unterbringung und Betreuung von
Flüchtlingen in Heidelberg**

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	10.02.2015	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	05.03.2015	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit und der Gemeinderat nehmen diese Information zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Die Gesamtausgaben für Flüchtlinge werden im Haushalt 2015/2016 abgebildet	
Einnahmen:	
Die Gesamteinnahmen für Flüchtlinge werden im Haushalt 2015/2016 abgebildet	
Finanzierung:	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Verwaltung legt mit dieser Vorlage das vom Gemeinderat in der Sitzung vom 13.11.2014 geforderte Konzept für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern vor.

Begründung:

Der Gemeinderat hat der Verwaltung in seiner Sitzung am 13.11.2014 den Auftrag erteilt, dem Gemeinderat bis zur Haushaltsberatung ein differenziertes und ressortübergreifendes Konzept für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern vorzulegen.

1. Ausgangssituation:

Aufgrund der weltweiten Kriege und Auseinandersetzungen steigt die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland und damit auch in Heidelberg weiter an. Etwa 1,5 % der in Baden-Württemberg ankommenden Flüchtlinge werden der Stadt Heidelberg zur Unterbringung zugewiesen. Im Vergleich zum Jahr 2012 haben sich die Zuweisungszahlen für Heidelberg fast vervierfacht, monatlich sind derzeit durchschnittlich 50 Personen unterzubringen. Dabei ist die besondere Herausforderung für die Kommunen, dass die Zugangsprognosen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bisher wenig zuverlässig waren; seit Juli 2013 wurden die Zahlen für 2014 fünf Mal nach oben korrigiert. Auch wenn eine Prognose für die Krisengebiete im Nahen Osten und anderswo schwierig ist, rechnet das BAMF für 2015 mit Flüchtlingszahlen, die mindestens denen des Jahres 2014 entsprechen.

Zwischenzeitlich sind in Heidelberg rund 600 Flüchtlinge an mehreren Standorten untergebracht. Diese Menschen unterzubringen, zu versorgen, sie zu beraten und betreuen und sie perspektivisch in die Zivilgesellschaft zu integrieren, ist eine Aufgabe, die nur gemeinsam mit vielen Partnern gelingen kann.

Heidelberg steht uneingeschränkt zu seiner Verantwortung, Flüchtlinge aufzunehmen und will Menschen auf der Flucht vor Gewalt und Verfolgung in Heidelberg einen Neustart ins Leben ermöglichen, Sicherheit und Zuflucht bieten. Dafür gibt es bereits ein breit aufgestelltes Netzwerk in einem bewährten Zusammenspiel zwischen Kommune, dem Asyl-Arbeitskreis und den freien Trägern, und auch die Zivilgesellschaft ist bereit, ihren Teil beizutragen und sich für Menschen in Not zu engagieren.

2. Konzept:

Die Konzeption für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Heidelberg umfasst die folgenden Bestandteile:

2.1. Wohnen

a) vorläufige Unterbringung

Bei der Unterbringung von Flüchtlingen im Rahmen der „vorläufigen Unterbringung“ (d. h. bis zur Anerkennung im Asylverfahren, längstens für 24 Monate ab Aufnahme) setzt die Stadt Heidelberg auf die Versorgung in dezentralen Wohnkomplexen (Henkel-Teroson-Str., Hardtstr., seit Dezember 2014 Patton Barracks 103, ab März 2015 Alte Eppelheimer Str. 80 / ehemaliges Hotel Metropol).

Diese Form der Unterbringung garantiert – gerade für Erstankommende – eine hohe Versorgungsdichte und –qualität. Neben dem Beratungsangebot in den Räumen des Amtes stehen den Bewohner/innen der Soziale Dienst mit regelmäßigen Vorortsprechstunden, ein ganztägig anwesender Hausmeister, eine Kleiderkammer, zusätzliche Lebensmittel der Heidelberger Tafel, Spiel- und Betreuungsangebote für Kinder, Sprachkursangebote vor Ort (und bei der Volkshochschule) sowie die Unterstützung durch dort lebende Landsleute zur Verfügung.

Unter Beibehaltung dieses Ansatzes werden aufgrund der steigenden Zuweisungszahlen für die Unterbringung von Flüchtlingen im Rahmen der „vorläufigen Unterbringung“ zusätzliche Standorte in allen Stadtteilen gesucht. Dabei sind die Vorgaben des seit 1.1.2014 geltenden Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) zu berücksichtigen, das für Flüchtlingsunterkünfte insbesondere eine möglichst zentrale Lage mit ausreichender Infrastruktur (fußläufig erreichbare Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV-Anbindung, Erreichbarkeit von Kindergarten und Schule etc.) vorsieht.

Bereits seit 2013 wurden vom Amt für Soziales und Senioren in enger Abstimmung mit den betroffenen Fachämtern (Gebäudemanagement, Amt für Liegenschaften, Stadtplanungsamt, Amt für Baurecht und Denkmalschutz, Amt für Wirtschaftsförderung, Kämmeriamt) zahlreiche Grundstücke/ Gebäude, die sich in städtischem Eigentum befinden, als mögliche Standorte geprüft:

Henkel-Teroson-Str., nördlich der vorhandenen Obdachlosenwohnungen (Flst. Nr. 3396/13 und Flst. Nr. 8015/3)	Nicht möglich, da Ausgleichs- und Ersatzflächen für den Natur- bzw. Artenschutz
Wieblinger Weg 102 / Kurpfalzring	Entspricht nicht den Vorgaben des FlüAG, da fehlende Infrastruktur
Gneisenastr. 12a	Entspricht nicht den Vorgaben des FlüAG, da fehlende Infrastruktur (z.B. Einkaufsmöglichkeiten, Kindergarten, Schule)
Flst. Nr. 32450 – Gelände neben Sandhofer Weg 11	Nicht möglich aus Naturschutzgründen (Nutzung als Biotop vom NABU).
Alte Feuerwache	Nicht möglich wegen baurechtlicher Bedenken und Nachbarschaftseinwänden
entlang des Wieblinger Wegs	Entspricht nicht den Vorgaben des FlüAG, da fehlende Infrastruktur

Folgende Standorte sind derzeit noch in der Prüfung bzw. bereits in der Realisierung:

Alte Eppelheimer Str. 80 / ehemaliges Hotel Metropol	Aufgrund der früheren Nutzung als Flüchtlingsunterkunft handelt es sich um einen in der Bevölkerung akzeptierten Standort. Ausführungsgenehmigung durch den Gemeinderat wurde am 18.12.2014 erteilt. Fertigstellung im März.
Erweiterungsbau am Standort Henkel-Teroson-Straße, Flst. Nr. 3396:	Hier soll bei gleicher Platzzahl ein erhöhter Flächenbedarf aufgrund der Änderung des FlüAG (=spätestens ab 2016 mindestens 7 m ² Wohn- und Schlaflfläche pro Person) gedeckt werden. Umsetzungsgespräche laufen bereits.
Wohnungen In der Aue 2, Alter Bahnhof Schlierbach	Zwei große 4-Zimmer-Wohnungen mit umfassendem Sanierungsbedarf; Besichtigungstermin vereinbart.

Ringstraße / Kaiserstraße (gegenüber Arbeitsagentur)	Wird derzeit als Parkplatz genutzt; Detailprüfungen stehen an.
Kolbenzeil 7-9 (ehem. Sprachheilkindergarten) sowie Flst Nr. 22044/7 und Flst. Nr. 22044/8	Grundsätzlich vorstellbar, aber aufgrund des Gebäudezustandes nur als Neubau zu realisieren. Bauordnungs- und bauplanungsrechtliche Prüfung stehen noch aus.

Folgende Standorte, die sich nicht in städtischem Eigentum befinden, wurden ebenfalls geprüft. Diese Gebäude bzw. Flächen müssten bei entsprechender Eignung aber zunächst von der Stadt erworben bzw. angemietet werden.

Anfrage beim Land Baden-Württemberg	Auskunft: das Land hat keine geeigneten Flächen
Bahnbetriebswerk	Hier wäre eine Systembauweise denkbar. Verknüpfung mit dortigen Obdachlosenunterkünften allerdings schwierig. Aufgrund denkmalschutzrechtlicher Grundlagen und der schlechten Bausubstanz nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich.
Römerstr. 104 (Randlage Mark-Twain)	Prüfung ist noch nicht abgeschlossen; das Gebäude wird von der BlmA einzelvermarktet und soll 2015 verkauft werden.
Patton Barracks 106	Würde aufgrund der Gebäudestruktur unverhältnismäßige Kosten auslösen.
Altklinikum Bergheim	Stünde aufgrund der Planungen des Landes nur zeitlich befristet zur Verfügung, so dass der umfangreiche Sanierungsbedarf unverhältnismäßige Kosten auslösen würde.

b) Im Anschluss an die „vorläufige Unterbringung“

Im Anschluss an die vorläufige Unterbringung sollen die Flüchtlinge schnellst möglich dezentralen Individualwohnraum erlangen. Da sich dies aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes in Heidelberg oftmals schwierig gestaltet, wird dieser Prozess durch verschiedene Bausteine unterstützt:

- Suche nach Wohnraum über die örtlichen Wohnbaugesellschaften
- Zugang zu Wohnraum über das Bündnis für Wohnen
- Suche nach Wohnraum bei privaten Vermietern durch die Presseberichterstattung der Stadt, den Internetauftritt „Heidelberg sagt ja“, mit Hilfe von Maklern etc.
- Thema bei Pressekonferenz des Oberbürgermeisters
- Projekt „Unterstützung von Flüchtlingen bei der Wohnungssuche“ gemeinsam mit dem Diakonischen Werk. Voraussichtliche Förderung mit Landesmitteln.
- Gespräch des Oberbürgermeisters mit allen Stadtteilvereinen
- Ansprache von Kirchen, Caritas und Diakonie

- Begleitung und Unterstützung der Mietverhältnisse durch das Amt für Soziales und Senioren (Übernahme von Provision, Kaution, Mietgarantie, Vermittlung zwischen Vermieter und Mieter im Falle auftretender Fragen/Probleme etc.)
- Einladung des Oberbürgermeisters zur Veranstaltung „Heidelberger Flüchtlingsstrategie – Perspektiven 2017“ mit Schwerpunkt Wohnen am 28.01.2015

2.2. Betreuung und Beratung

Im Rahmen der Beratung und Betreuung werden alle Aspekte des täglichen Lebens sowie die spezifischen Bedürfnisse eines Flüchtlings berücksichtigt. Dafür ist ein breit aufgestelltes Netzwerk mit vielen Partnern entstanden (s. Anlage 1), die Aufgabenverteilung ist im Folgenden beschrieben:

Amt für Soziales und Senioren	<ul style="list-style-type: none"> • Persönliche Begrüßung der Flüchtlinge bei Ankunft mit Zimmerverteilung • Aushändigung eines mehrsprachigen Informationsblattes (Deutsch, Englisch, Französisch, Serbisch, Arabisch, Farsi) mit den nächsten Schritten (Ausländerbehörde wegen Ausweisdokument, Amt für Soziales und Senioren wegen Antragstellung auf AsylbLG- und BuT-Leistungen, Sprachkursangebote, Ausstellung von Krankenscheinen etc.). • Persönliches Gespräch und Beratung beim Sozialen Dienst der Fachstelle, z. B. über Schule, Kindergarten, Arztbesuche, Tagesstruktur, individuelle Anliegen, Angebote der Freien Träger etc. • Information der Netzwerkpartner über neu angekommene Flüchtlinge • Organisation eines mtl. Netzwerktreffens mit allen Partnern • Rückkehrberatung • Vorortsprechstunden in den Unterkünften
Interne Partner:	
Bürgeramt/ Ausländerbehörde	<ul style="list-style-type: none"> • Ausstellung von Ausweisdokumenten • Enge Absprachen mit dem Amt für Soziales und Senioren in Einzelfällen, z. B. bei Umverteilungsanträgen • Information über Statusänderungen • Vollzug ausländerrechtlicher Entscheidungen für Bund und Land • bei Bedarf Vermittlung an karitative Einrichtungen • Ausstellung Heidelberg-Pass • in Einzelfällen Kontakte zu Jobcenter, Standesamt, ZAV, Migrantenselbstorganisationen, IKUBIZ
Amt für Schule und Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit bei der Suche nach geeigneten Schulplätzen
Kinder- und Jugendamt	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung bei der Vermittlung von Kindergartenplätzen
Dezernat V/ Kämmereiamt	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung bei der Suche nach neuen Standorten auf den Konversionsflächen • Unterstützung bei der Suche nach Individualwohnraum durch Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Wohnen
Amt für Chancengleichheit	<ul style="list-style-type: none"> • Schnittstelle beim Übergang vom Asyl- in den allgemeinen Migrationsbereich • Finanzierung von Angeboten für Migrantinnen und Migranten
Theater	<ul style="list-style-type: none"> • Planung eines Theaterprojektes für Flüchtlinge
Zoo	<ul style="list-style-type: none"> • Planung von Freizeitaktivitäten für Flüchtlingskinder

Externe Partner:	
Asyl-Arbeitskreis	<ul style="list-style-type: none">• Gewinnung und Anleitung von Ehrenamtlichen• Vorortbesuche in der Unterkunft• Organisation von Deutschkursen, Kooperation mit der Volkshochschule (Bildungsgutscheine)• Nachhilfe und Hausaufgabenhilfe• Kinderspielgruppen• Kleiderkammer• Dolmetschertätigkeiten
Caritasverband	<ul style="list-style-type: none">• Gewinnung und Anleitung von Ehrenamtlichen• Sprechstunden in der Unterkunft• Vorortbesuche• Organisation von Deutschkursen• Nachhilfe und Hausaufgabenhilfe• Kinderspielgruppen• Kleiderkammer• Dolmetschertätigkeiten
Diakonisches Werk	<ul style="list-style-type: none">• Gewinnung und Anleitung von Ehrenamtlichen• Flüchtlings-/Verfahrensberatung• Beratung und Unterstützung bei der Wohnraumsuche• Rückkehrberatung• Integrationsbegleiter
Heidelberger Tafel	<ul style="list-style-type: none">• Wöchentliche Anlieferung von Lebensmitteln in Hardt- und Henkel-Teroson-Straße
Deutsches Rotes Kreuz	<ul style="list-style-type: none">• Kleiderkammer• Sammlung von Spielzeug
Gesundheitsamt	<ul style="list-style-type: none">• regelmäßige Abstimmung bei gesundheitsrelevanten Fragen
Träger von Beschäftigungsprojekten	<ul style="list-style-type: none">• Angebote zur Tagesstrukturierung
Staatliches Schulamt	<ul style="list-style-type: none">• Klärung von Beschulungsmöglichkeiten (z. B. Einrichtung von VK-Klassen bei fehlenden Deutschkenntnissen)• Einrichtung eines Netzwerkes „Beschulung von Flüchtlingskindern“• Benennung eines eigenen Ansprechpartners für Fragen/Probleme im Zusammenhang mit der Beschulung von Flüchtlingskindern

2.3. Personalausstattung

Die beschriebene erhöhte Aufnahme von Flüchtlingen in Heidelberg führt zu einem Personalmehrbedarf beim Amt für Soziales und Senioren.

Die Ermittlung dieses personellen Zusatzbedarfs erfolgt fallzahlenbezogen unter Berücksichtigung weiterer Einflussfaktoren (z.B. Anzahl der Unterkünfte).

Das Amt für Soziales und Senioren meldet dem Personal- und Organisationsamt hierfür in regelmäßigen Abständen die aktuellen Flüchtlingszahlen.

3. Fazit

Die oben beschriebene Konzeption wird bedarfsorientiert weiter entwickelt und bietet der Verwaltung eine gute Grundlage, um auf die Entwicklungen im Flüchtlingsbereich flexibel reagieren zu können.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 6	+	Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen Begründung: Im Rahmen der Betreuung werden alle Aspekte des täglichen Lebens sowie die spezifischen Bedürfnisse von Flüchtlingen berücksichtigt.
WO 4	+	Ziel/e: Verdrängungsprozesse verhindern
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern
KU 1	+	Kommunikation und Begegnung fördern Begründung: Zielerreichung durch zusätzliche Standorte in allen Stadtteilen, keine Konzentration in bestimmten Stadtteilen, schnellstmögliche Versorgung mit Individualwohnraum im Anschluss an die vorläufige Unterbringung.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Schaubild Netzwerk